Hans-Joachim Lenger

Kontexte zur jüngsten Hamburger Hochschulreform

Die vom Hamburger Senat projektierte Hochschulreform geht mit Plänen einer tiefgreifenden Neustrukturierung der Hochschulen einher. Unverkennbar ist die Überstürzung, mit der diese Reform verwirklicht werden soll. Sie soll Umgruppierungen akademischer Einrichtungen einleiten, Studiengänge und Prüfungsverfahren neu definieren, eine einschneidende Rationalisierung von Lehre und Forschung herbeiführen und schließt auch die Möglichkeit einer Auflösung bestehender akademischer Einrichtungen nicht aus. Insgesamt läßt sich das Reformvorhaben von einem Gedanken leiten, von dem es in einem "letter of intent" der Wissenschaftsbehörde heißt: "Im Zuge der Globalisierung und des Wandels von der Industrie- zur Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts kommt den Hochschulen eine zentrale Bedeutung bei der Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Standortes Hamburg zu. Die Hochschulen sind dabei sowohl in ihrer traditionellen Rolle als Stätten der Forschung und Lehre gefordert, als auch in zunehmendem Maße in der Funktion als Impulsgeber innovativer Entwicklungen in Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft." [1]

Der Begriff der "Globalisierung" gehört mittlerweile ebenso zu den Standards öffentlicher Rhetorik wie die These, man befinde sich im Übergang von der "Industrie- zur Wissensgesellschaft". Beide Behauptungen verbindet auch der "letter of intent" mit der Forderung, Hochschulen und Universitäten hätten einen Beitrag zur jeweiligen "Standortpolitik" zu leisten. Kurz gefaßt, sollen die Hochschulen zu den lokalen oder regionalen Voraussetzungen beitragen, unter denen globalisierte Ströme von Kapital, Waren, Dienstleistungen und Informationen Territorien oder "Standorte" nicht nur durchlaufen, sondern sich auf ihnen niederlassen können. "Globalisierung",

---

[1] Behörde für Wissenschaft und Forschung Hamburg: *Zukunftspakt "Qualität und Innovation"*, § 1.

"Wissensgesellschaft" und "Standort" bilden somit die drei Pole, zwischen denen sich herstellen soll, was "Zukunftsfähigkeit" genannt wird. Offenbar ist dieser Begriff nicht weniger problematisch als die anderen. Er unterstellt nicht nur, über ein präzises Bild dieser "Zukunft" zu verfügen. Zugleich will er präjudiziert haben, welche "Fähigkeiten" notwendig wären, um diese "Zukunft" zu bestehen, zu meistern oder gar zu bewältigen. Stillschweigend setzt er einen Vorgriff voraus, der sich auf die "Zukunft" erstreckt, sie antizipiert und in bestimmter Hinsicht, wie in einem Übergriff, der "Zukunftspakt" heißt, bereits nach seinem eigenen Bild geformt – und damit einem "Kolonialismus der Zeit" unterworfen hat [2].

Auf diesen Zusammenhang beziehen sich die folgenden Thesen. Sie betreffen das Verhältnis von Wissen, Bürokratie, Ökonomie und Kunst sowie einige Konfliktlinien, die sich gegenwärtig in diesem Verhältnis nicht nur hochschulpolitisch abzeichnen.

Wissen

Der Terminus der "Wissensgesellschaft" scheint heute von unbestreitbarer Evidenz zu sein; kein hochschulpolitisches Reformvorhaben, das ohne ihn auskäme. Allerdings besitzt er weniger analytischen als vielmehr demonstrativen Wert. Nirgends präzise definiert, behauptet er einen epochalen Einschnitt: angeblich sind es nicht mehr industrielle Strukturen, die eine künftige Gesellschaft charakterisieren werden, sondern die einer Produktion und Distribution von "Wissen".

Zugleich wird dieses "Wissen" jedoch immer weniger sich selbst oder einem freien Spiel überlassen, in dem es seine eigene Möglichkeit und die Regeln seiner Hervorbringung befragen könnte. Weniger denn je ist es sein eigener Zweck, erzeugt es seine eigenen Bestimmungen und Maßstäbe. Vielmehr wird es einer rigiden Ökonomie unterworfen, die ihm zusehends entzieht, was es auf sich selbst anwendbar, Techniken seiner Erzeugung fragwürdig machen und die Idee seiner "Autonomie" einer Dekonstruktion unterziehen könnte. Die "Wissensgesellschaft" ist also ironischerweise gerade nichts, was sich um die Vorstellung einer "Autonomie" des Wissens gruppieren würde. Sie zeichnet sich durch Postulate unmittelbarer Anwend-

---

[2] Vgl. Hans-Joachim Lenger: *Zeithunger. Oder: Über die Kolonialisierung der Zukunft*, in: Ursula Keller (Hg.): *Zeitsprünge*, Berlin: Vorwerk 8 1999, S.131ff. – ders.: *Unser System der Vertagung. Wie die Zukunft die Gegenwart verwüstet*, in: *Scheidewege*, Jahrgang 24, 1994/1995, S.274ff.

barkeit und Effizienz aus, deren Parameter nicht vom Wissen ausgehen. Zunächst schlägt sich dies in einer Marginalisierung der Philosophien und Künste nieder. Aber es betrifft nicht weniger die anderen Disziplinen, sofern sie, um sich konstituieren zu können, ihre eigenen Voraussetzungen befragen müssen. Jene Anteile, aus denen die Wissenschaften einst ihre "Autonomie" begründen wollten, werden im allgemeinen zu einer Größe, die vernachlässigt werden könne, wo sie nicht ganz dem Verdikt der "Nutzlosigkeit" verfallen.

Allerdings bleibt dies nicht ohne Folgen für die innere Verfassung des derart konditionierten Wissens. Von sich selbst getrennt, sieht es sich einer wachsenden Krise seiner eigenen Legitimation ausgesetzt. Zunächst kehrt die "äußere" Grenze, die zwischen nützlichem und unnützem Wissen gezogen wird, deshalb *innerhalb* des so konstituierten Wissensfeldes wieder. So muß jede Erzeugung wissenschaftlicher Aussagen einem Regelwerk gehorchen, an dem sich entscheiden ließe, ob es sich jeweils um gültige oder ungültige Aussagen handelt. Wie aber läßt sich über die Wahrheit der Regeln selbst entscheiden, die das Wissen hervorbringen? Wie werden sie in sich generiert? Wie also lassen sie sich rechtfertigen? Und selbst, wenn dies gelänge: ist, was sich in Wahrheitsbegriffen legitimieren läßt, deshalb auch *gerecht*? Solche Fragen verlangen nach Operationen, die sich dem Diktat unmittelbarer Anwendung entziehen: nach "nutzlosen" Fragen, die sogar "gefährlichen" Charakter annehmen können, sofern sie sich dem Diktat von Anwendbarkeit und Verwertbarkeit widersetzen und in Gegensatz zu ihm treten. Und spätestens dies verweist auf Probleme der Macht, die über das Wissen verfügen könnte, und mehr noch auf einen bestimmten Begriff der Souveränität, doch ohne daß damit auch die Frage der Legitimation schon beantwortet wären. "Prüft man das aktuelle Statut des wissenschaftlichen Wissens, so wird man feststellen, daß selbst dann, wenn es mehr denn je den Mächten unterworfen scheint und mit den neuen Technologien sogar der Gefahr ausgesetzt ist, einer der wesentlichen Einsätze in den Konflikten zu werden, die Frage der doppelten Legitimation, weit davon entfernt, sich zu verwischen, nicht fehlen wird, sich mit um so mehr Schärfe zu stellen. Denn sie stellt sich in ihrer vollständigsten Form, der der Übertragung, die deutlich macht, daß Wissen und Macht zwei Seiten derselben Frage sind: Wer entscheidet, was Wissen ist, und wer weiß, was es zu entscheiden gilt?" [3]

---

[3] Jean-François Lyotard: *Das postmoderne Wissen*, Graz; Wien: Böhlau 1986, S.35.

Bekanntlich hatte die Geschichte des Wissens verschiedene Techniken hervorgebracht, um diese Frage beantwortbar zu machen und um eine bestimmte Idee der "Autonomie" zu gruppieren. Lyotard spricht im wesentlichen von zwei "Diskursen", über die sich die Legitimation des Wissens in der Vergangenheit herstellen sollte. Der eine bestand in einer spekulativen Selbsterzeugung dieses Wissens, wie sie die großen philosophischen Systeme in Szene gesetzt hatten. Sie wollten nicht nur die Möglichkeit "positiven Wissens" begründen; sie sollten dessen Gegenstände selbst generieren und sie auf diese Weise mit seiner eigenen Legitimation unmittelbar zusammenfallen lassen. – Der andere "Diskurs" bestand in dem der "Emanzipation". Er zog aus dem Zerfall der großen Systeme die Konsequenz, daß es eine Selbstbegründung des Wissens aus sich nicht geben könne. Deshalb wurde, was zuvor dem "Begriff" aufgebürdet worden war, an eine bestimmte "gesellschaftliche Praxis" verwiesen. Sie sollte sich, wie in einer unendlichen Annäherung an das Ideal einer mündigen Menschheit, als deren Emanzipationsprozeß beschreiben lassen.

Beide Legitimationsweisen unterlagen jedoch einer Erosion, die sie unwiderruflich zerfallen ließ. Der "spekulative Diskurs" der philosophischen Systeme mußte zerbrechen, weil er die Regeln der Wahrheitsproduktion nur durch eine Instanz erzeugen konnte, die sich, als Voraussetzung von Wahrheit, dieser Wahrheit selbst entzogen und insofern ein bestimmtes theogenes Erbe antraten. Und der "emanzipatorische Diskurs" scheiterte, weil er, um sich behaupten zu können, das Konstrukt einer intelligiblen, möglicherweise ethisch fundierten "Gemeinschaft" voraussetzen mußte, die ihre metaphysische Abkunft allerdings nirgends verhehlen konnte. Damit wurde ein Zerfallsprozeß freigesetzt, der bereits um 1900 unübersehbar geworden war. "Die alten 'Fakultäten' zerfallen in Institute und Stiftungen aller Art, die Universitäten verlieren ihre Funktion spekulativer Legitimierung. Der Verantwortung der Forschung beraubt, die von der spekulativen Erzählung erstickt wird, beschränken sie sich darauf, das für etabliert gehaltene Wissen weiterzugeben und sichern durch die Didaktik eher die Reproduktion der Professoren als die der Forscher." [4] Dies ist, wie Lyotard hinzufügt, die Situation, der sich bereits Nietzsche ausgesetzt sieht.

Um so vorbehaltloser wird das Wissen jedoch gleichzeitig zu einer beherrschenden gesellschaftlichen Größe. Ökonomische Konkurrenzfähigkeit, administrative Effizienz und militärische Schlagkraft setzen Techniken und Technologien voraus, die

---

[4] Jean-François Lyotard: ebd., S.116f.

im weitesten Sinn aus einer Maschinierung des Wissens hervorgehen. Auf diesem Weg wird es tatsächlich zur unmittelbaren Macht, jedoch ohne daß sich dies aus seiner Immanenz rechtfertigen ließe. Der Begriff der "Wissensgesellschaft" partizipiert insofern nicht nur an einer fundamentalen Krise des Wissens. Er ist vor allem deren genuiner Ausdruck. Politisch, ökonomisch und militärisch funktionalisiert, unterstellt er, die Frage der Legitimation beantwortet zu haben, indem er sie an andere gesellschaftlichen Instanzen, etwa die der Ökonomie (und des Krieges) delegiert. Tatsächlich koppelt sich staatliche Bildungspolitik in Begriffen der "Wissensgesellschaft" also nicht von Anforderungen der Ökonomie ab. Sie unterwirft das Wissen selbst bestimmten Ökonomien: Techniken und Technologien von Ausschluß und des Einschluß, die darüber entscheiden, was als nützliches Wissen zugelassen wird und zirkulieren kann. Diese Techniken treten an die Stelle seiner "Legitimation". Produktion und Zirkulation des Wissens werden mit ökonomischen Prozessen synchronisiert. Deren Notwendigkeiten bilden damit immer weniger nur den Horizont, *auf den hin* das Wissen sich auszurichten hat. Sie greifen in den Wissensinstitutionen selbst Platz, durchdringen deren Logik und unterwerfen sie einem möglichst lückenlosen Diktat. Auf die ökonomischen Prozesse, von denen dies ausgeht, wird zurückzukommen sein. Sie setzen in der Renaissance ein und durchlaufen als Modernisierung sprunghafte Schübe. Entscheidend ist hier, daß die systemische Struktur dieser Sprünge Verschiebungen im Innern von Wissensbegriffen forciert, die den Prozeß ihrer De-Legitimierung forcieren.

Er kulminiert in einer Situation, die Lyotard die "postmoderne" nennt und wissensökonomisch durch eine Integration von Technik und Sprache oder durch die Implementierung von Technologien informationsverarbeitender und kybernetischer Systeme charakterisiert ist. Sie ermöglichen jene Informatisierung der Ökonomie, die alle Strukturen des Wissens umwälzt. "Sagen wir der Kürze halber, daß die Funktionen der Regulierung und daher der Reproduktion mehr und mehr den Verwaltern entzogen und Automaten anvertraut werden. Das große Problem wird zunehmend in der Verfügung über die Informationen liegen, die von diesen Automaten zu speichern sein werden, damit die richtigen Entscheidungen getroffen werden. Die Verfügung über die Information fällt immer mehr in die Zuständigkeit von Experten aller Art." [5] Und damit sind einschneidende gesellschaftliche Veränderungen berührt. Immer weniger betrifft die Revolution digitaler Technologien, die Informatisierung

---

[5] Jean-François Lyotard: ebd., S.52f.

der Ökonomie nur die Konzeption und Herstellung industrieller Produkte, die als "zukunftsfähig" gelten. Zusehends betrifft sie die Herstellung einer *Infrastruktur*, in der sich die Produktion und Zirkulation von Waren, Dienstleistungen und Informationen "überhaupt" abspielt, und damit einen bestimmten Begriff der "Zukunft" durch die Rahmenbedingungen präformiert, in denen er Gestalt annehmen könnte.

Die Produktion dieser Rahmenbedingungen kann verschiedene Namen annehmen; gegenwärtig lautet er "Globalisierung". Sie ist unmittelbar von der Verfügung über das Wissen abhängig, auf die sie sich stützt. Und dies bringt unter anderen zwei Konflikte hervor. Der eine öffnet sich im Innern des Wissens, der andere in der Sphäre der Ökonomie. Was das Wissen betrifft, so handelt es sich offenbar um eine *bestimmte epistéme*, die in diesem Prozeß hegemonialen Charakter annimmt, indem sie sich alle anderen Genres unterwirft oder sie verdrängt. Zur Herrschaft kommt, was sich durch eine besondere Nähe zu technologischen Verfahren der Kommunikation und Steuerung auszeichnet. Forciert wird, was "nützlich" ist, um Infrastrukturen umzuwälzen, und geeignet, direkt in Verwertungsprozesse einzugehen. Umwegige, selbst-reflexive Fragestellungen dagegen werden reduziert; und jene Formen, in denen sich das Wissen mit sich selbst beschäftigt, um seine Möglichkeiten in einer Epoche eines Entzugs seiner Legitimation zu befragen, werden sogar als "nutzlos" minimiert. Kurz gesagt: alle Reserven werden auf ihre unmittelbare Tauglichkeit hin gemustert und dabei einer Mobilmachung unterzogen, die keine Reserven mehr zurückläßt. Darin besteht der eine Konflikt: denn muß sich diese Strategie an einem bestimmten Punkt nicht selbst aushöhlen? Muß sie sich, dem Diktat unmittelbarer Verwertbarkeit unterworfen, nicht selbst den Boden entziehen?

Der zweite Konflikt wiederholt diese Figur, spielt sich jedoch in der Sphäre der Ökonomie ab. Die Herstellung technologischer Infrastrukturen im globalen Maßstab unterliegt zwar einem Diktat, das letzthin den partikularen Logiken ökonomischer Systeme gehorcht. Nichtsdestoweniger ist die Herstellung von Infrastrukturen eine *gesellschaftliche* Aufgabe, die auch ökonomisch durch eine Verausgabung öffentlicher Ressourcen, zumeist Steuermittel gelöst wird. Auch hier also werden "allgemeine Reserven" mobilisiert, um Entscheidungen in Auseinandersetzungen herbeizuführen, die letzthin von partikularen, nämlich ökonomischen Systemen diktiert werden. Aber damit verschärft sich nicht nur wissenspolitisch, sondern auch ökonomisch ein Widerstreit, der sich zwischen Ökonomie und "Gesellschaft" auftut. Denn was rechtfertigt es, zur Aufrechterhaltung eines partikularen "Diskurses" alle Ressourcen zu mobilisieren, die man "allgemein" nennen könnte, und sie dem Par-

tikularen zu unterwerfen? Entzieht dies dem ökonomischen Diskurs nicht mit einer bestimmten Notwendigkeit dessen eigene Voraussetzungen, allein schon, weil er keine Reserven mehr zurückbehält? Dieser Widerstreit nimmt allerdings verschiedene Formen an. Zunächst schlägt er sich in einer Krise der staatlichen Wissensbürokratien selbst nieder.

Bürokratien

Zwar scheinen staatliche Apparate, vor allem die Apparate der Bildungspolitik die treibenden Kräfte bildungspolitischer Transformationsprozesse zu sein. Doch zugleich erweist sich ihre Souveränität zusehends als gebrochen. Überstürzte und zugleich verspätete Hochschulreformen demonstrieren dies. Ihre Verfallszeit wird immer kürzer, und oft sind sie schon veraltet, sobald sie verkündet werden. Dies minimiert jedoch ebenso den Handlungsspielraum der Bürokratien. Hatte sich deren Politik über mehr als ein Vierteljahrhundert hinweg fast völlig auf eine Kürzung der Ausgaben reduziert, die für Universitäten und Hochschulen aufgewandt wurden, so scheint mittlerweile eine absolute Grenze erreicht zu sein. Sie zu überschreiten, muß tradierte Universitätsstrukturen als Ganzes ebenso zur Disposition stellen wie Techniken ihrer Verwaltung, also die Bürokratien selbst. Offensichtlich tritt Hochschulpolitik nunmehr in dieses Stadium ein. Der Verfall staatlich-universitärer Einrichtungen, die Gründung ganz oder teilweise privatisierter Hochschulen, die Konzeption von "Elite-Institutionen" mit hohen Studiengebühren oder Pläne einer Verwandlung der Universitäten in Stiftungen zeigen, daß staatliche Hochschulpolitik dabei ist, ihre eigenen Grenzen zu überschreiten.

Ihr offenkundiger Bankrott geht deshalb mit einem Legitimationsverlust einher, den die staatlichen Apparate dabei selbst durchlaufen. Zumindest sprechen die neueren Entwicklungen von einer wachsenden Konfusion, die diese Apparate erfaßt hat. So sehr sie sich als "Herren" der Transformationsprozesse in Szene setzen, so deutlich wird, daß ihnen das Gesetz des Handelns zusehends entgleitet. Mehr noch: sie selbst sind dabei, ihrerseits zu Hindernissen von Transformationsprozessen zu werden, die sie angeblich initiieren und steuern. "Der Staat wird für die Ideologie der kommunikativen 'Transparenz', die mit der Kommerzialisierung des Wissens einhergeht, als ein Faktor der Undurchsichtigkeit und des 'Rauschens' erscheinen. Unter diesem Gesichtspunkt könnte das Problem der Beziehungen zwischen den ökono-

mischen und den staatlichen Instanzen mit neuer Schärfe zutage treten." [6] Man wird deshalb nicht nur die Transmissionstechniken, sondern auch die Ungleichzeitigkeiten zu analysieren haben, die bei dieser Kommerzialisierung des Wissens auftreten. Nie greifen wissenspolitische Strukturveränderungen nämlich unmittelbar Platz. Noch immer durchlaufen sie zunächst die staatlichen Bildungsbürokratien. Unvermeidlich wirken diese Bürokratien wie Widerstände, die eine zeitliche Verzögerung der Übermittlung erzeugen. Und nicht weniger wirken sie dabei als Filter. Sie müssen die neuen Anforderungen an das Wissen zunächst in ihre eigene Sprache übersetzt haben, um sie wirksam werden zu lassen. Insofern lassen sie diese Anforderungen in der Wirklichkeit der Hochschulen nicht nur verspätet, sondern auch verzerrt eintreffen, sofern sie die Kommunikation nicht ganz unterbrechen.

Beispiele dafür finden sich reichlich. So spricht die Medieneuphorie, die aus gegenwärtigen staatlichen Reformvorhaben spricht, noch immer und unverkennbar von Stadien einer "Globalisierung" des Kapitals, die sich vor zehn Jahren mit dem Internet amalgamieren und "virtuelle Ökonomien" hervorbringen sollte. Doch längst haben sich die Börsen von dieser Erwartung verabschiedet, die bekanntlich mit Zusammenbrüchen ganzer Marktsegmente einherging. Weltweit kollabieren Medienindustrien, erweist sich die Erwartung einer "neuen Ökonomie", die sich von Waren und Dienstleistungen emanzipiert hätte, als Fiktion. Doch erst jetzt, zeitversetzt also, erreicht die verblaßte Euphorie der "start ups" die staatlichen Bürokratien und generiert hier noch immer und in nicht geringem Maß deren Handlungsmaximen. Mehr noch: mitunter ähnelt der Gestus dieser Bürokratien selbst dem von "start ups". Diese Ungleichzeitigkeit dürfte sich aber bereits mittelfristig als nicht weniger fatal herausstellen. Denn tatsächlich haben sich die politisch-ökonomischen Probleme der "Globalisierung" schon heute radikal verlagert. Militärische und geo-politische Gesichtspunkte treten wachsend in den Vordergrund. Kulturelle Differenzen, die in religiöse und geistesgeschichtliche Dimensionen verweisen, rufen Fragen nach Konfliktlinien zwischen den Kulturen und nach Techniken kultureller Symbolisierungen auf, die in globalem Maßstab längst kriegsfähig geworden sind.

Längst wagen selbst Geo-Strategen und Weltökonomen nicht mehr die Behauptung, der Prozeß der "Globalisierung" sei ökonomisch, technologisch und militärisch durch Homogenität und Friedfertigkeit gekennzeichnet. Dieser Prozeß erweist sich viel-

---

[6] Jean-François Lyotard: ebd., S.27.

mehr in eskalierender Weise als von Rissen durchzogen, in denen sich weitweit tiefgreifende Konflikte ankündigen. Nicht unwahrscheinlich, zumindest nicht ausgeschlossen, daß in wenigen Jahren eine neue Renaissance geistes- und kulturwissenschaftlicher Disziplinen bevorsteht, die veränderten Anforderungen des "Globalen" gehorcht, und etwa mehr nach Theologen als nach Ingenieuren verlangt. Diese Renaissance dürfte dann allerdings mit dem selben überstürzten Reformdruck durchgesetzt werden, mit dem heute Anforderungen durchgesetzt werden, die in bestimmter Hinsicht bereits der Vergangenheit angehören, aber zur Maxime einer jeweiligen "Gegenwart" erhoben werden. Auch die Verfallszeiten der "Zukunftsfähigkeiten" also nehmen rapide ab.

Strukturelle Verspätung und Konfusion staatlicher Apparate werden auf diese Weise aber nicht nur zu unvermeidlichen Begleitumständen, sondern zu den Produktionsbedingungen von Hochschulpolitik selbst. Das "Rauschen" der Apparate potenziert die Konfusion und Planlosigkeit ins Unabsehbare und stellt staatliche Instanzen ihrerseits als wachsendes Hindernis von zusehends kurzfristiger werdenden Anpassungsprozessen heraus. In bestimmten Bereichen sehen sich die Apparate bereits heute ihrer eigenen Überflüssigkeit konfrontiert. Der Glaube an die Unbestechlichkeit und Autorität externer Gutachter und Berater etwa, die neuerdings wie ein antikes Orakel angerufen werden, ist Ausdruck dieser heillosen Situation. Die staatlichen Apparate vollziehen, gleichsam durch die Hintertür, einen bedingten Rückzug aus hochschulpolitischen Entscheidungsprozessen, den sie der Öffentlichkeit überdies als Zuwachs an universitärer "Autonomie" darstellen. Tatsächlich aber führen solche Techniken, die Hochschulen in direkter Weise den ökonomisch-technologischen Anforderungen zu unterwerfen, zu einer rapiden Auslagerung von Entscheidungskompetenzen in externe Einrichtungen. Unternehmensberater, Verwaltungsfachleute, Wirtschaftsexperten und Technokraten des Wissens nehmen sich der Universitäten und Hochschulen unmittelbar an.

Und dies verschärft, neben dem allgemeinen Tempo, nicht nur das Legitimationsproblem, dem das Wissen ausgesetzt ist, sondern zugleich das der Bürokratien. Konnte der Staat einst noch als Repräsentant eines "gesellschaftlichen Gesamtwillens" dargestellt werden, so vollzieht sich der Bankrott seiner Bildungspolitik nunmehr als deren Usurpation durch private Interessen. Diese Usurpation zeichnet sich zunächst im Diktat von Sprachregelungen ab, die offensichtlich ökonomischen Kontexten entlehnt sind. Begriffe der Kunden- und Produktorientierung, der Wettbewerbsfähigkeit, des Marketing, der Positionierung im Markt des Wissens, des Con-

trolling, der Leitbilder und Profilierungen, der Effizienz und Evaluierung definieren Strukturen, in denen sich ein anderes Wissensdispositiv als das der Bürokratien oktroyiert. Die Tatsache nämlich, daß es nicht Marketing-Experten und Wirtschaftsmanager sind, die hochschulpolitische Planungspapiere verfassen, sondern nach wie vor Bürokraten, hoch bezahlte und unkündbare Staats-Beamte also, die ihren Untertanen die Vorzüge eines "Marktes" schmackhaft machen wollen, dem sie nicht unterworfen sind, und dabei nur einen Jargon imitieren, den sie nicht beherrschen, evoziert zwar immer wieder unfreiwillige Komik. Dies ändert jedoch nichts an der Sache. Wie ungelenk auch immer suchen die Bürokratien ihrer eigenen Legitimationskrise dadurch zu entgehen, daß sie sich als Protagonisten neuer Sprachregelungen empfehlen, die sie anderen Systemen als den eigenen entlehnen. Ihr vorerst letztes Wort besteht darin, sich mit einer Rationalität und einer Sprache zu bewaffnen, die nicht die des Wissens und nicht einmal die der Bürokratie selbst ist. Darin spricht sich deren eigener Verfall aus. Doch um welche Rationalität, um welche Sprache handelt es sich dann, die hier simuliert wird? Und ist sie geeignet, das Problem einer Legitimierung des Wissens und einer Politik des Wissens zu lösen?

Ökonomien

Der gesellschaftlichen Produktion wissenschaftlichen Charakter zu geben, gehört seit der Renaissance zu den beherrschenden Momenten der ökonomischen Entwicklung. Technologische Verfahren garantieren wachsende Effizienz, indem sie neue Produktionsverfahren und Produkte unter Bedingungen einer beständigen Minimierung von Zeit und Raum ermöglichen. Die sukzessive Verwandlung der Wissenschaft in die "erste Produktivkraft" (Marx) konditioniert eine Ökonomie, in der mittlerweile denkbar wurde, "daß die Nationalstaaten in Zukunft ebenso um die Beherrschung von Informationen kämpfen werden, wie sie um die Beherrschung der Territorien und dann um die Verfügung und Ausbeutung der Rohstoffe und billigen Arbeitskräfte einander bekämpft haben. So findet sich ein neues Feld für industrielle und kommerzielle sowie militärische und politische Strategien eröffnet." [7]

---

[7] Jean- François Lyotard: ebd., S.26.

Auch in dieser Hinsicht hat der Zusammenbruch der Staatssozialismen eine neue Ära der Globalpolitik eröffnet. Tatsächlich stellt sich mit der "Globalisierung" keine Welt her, die einer Mehrheit der Menschen wachsenden Wohlstand, größere Freiheiten, besseren Zugang zu Informationen und vor allem Gerechtigkeit verschaffen würde. Metaphysisch haltlos, zerbrechen auch die Versprechen einer "Emanzipation", mit denen sich die "Globalisierung" ausgestattet hatte. Mehr noch; ihre Gegensätze verschärfen sich: die Kämpfe, die international ausgetragen werden, führen in allen Bereichen unübersehbar Logiken des Krieges ein – nicht nur dort, wo unmittelbare militärische Konflikte vorbereitet werden oder stattfinden. So spricht der Finanzspekulant George Soros aus, was sein Berufsstand längst weiß, aber nicht auszusprechen wagt: "Das kapitalistische System ist ein Imperium, das tatsächlich den gesamten Globus umspannt. Es gebietet über eine ganze Zivilisation und gleicht in einem Punkt sogar den historischen Weltreichen: Wer draußen vor den Mauern steht, wird als Barbar betrachtet." [8]

Greift man dieses Bild auf, so befinden sich die westlichen Gesellschaften im Prozeß ihrer "Globalisierung" bereits *auf allen Ebenen* in einem bestimmten Kriegszustand. Grenzen müssen gesichert werden, um die Barbarisierten unter Kontrolle zu halten. Immer weniger tragen diese Grenzen allerdings territorialen oder gar nationalen Charakter, und immer weniger lassen sie sich deshalb in nationalen oder regionalen Terminologien beschreiben. Die "Globalisierung" zerlegt die Produktion und Zirkulation von Waren, Dienstleistungen, Informationen und Machtdispositive vielmehr in kleine Segmente, verteilt und koordiniert sie weltweit über Telematiken digitaler Informationssysteme und kybernetischer Steuerung. Die Grenzkriege brechen deshalb überall auf, finden jedoch stets "im Innern" des so erzeugten "Globalen" statt. Sie nehmen ebenso viele Formen an, wie es Techniken und Technologien gibt, die Grenzen dieser neuen Immanenz zu sichern. Das Imperium, von dem Soros spricht, führt eine Vielzahl von Codierungen ein, die einander kreuzen und überlagern, schneiden und ergänzen: territoriale, politische, kulturelle, militärische und nicht zuletzt ökonomische. Aber letztlich werden diese netzartigen Codierungen von einem Wissen hervorgebracht, vereinheitlicht und kontrolliert, das vor allem auf technologische Verfügbarkeit und Verfügbarmachung abgerichtet ist.

---

[8] George Soros: *Die Krise des globalen Kapitalismus. Offene Gesellschaft in Gefahr*, Alexander Fest Verlag, o.J., S.141.

In welchem Verhältnis also stehen das Wissen und die Ökonomie? Und in welches Stadium ist dieses Verhältnis eingetreten? Lyotard geht im *Postmodernen Wissen* von der Marx'schen Analyse aus, der zufolge das Wissen einer beständigen Aneignung durch die Systeme der Ökonomie unterliegt. Dieser Prozeß einer "reellen Subsumtion unter das Kapital" (Marx) verwandelt Wissen und Wissenschaften in die wichtigste Produktivkraft, die den Systemen der Ökonomie zu Gebote steht. "Im postindustriellen und postmodernen Zeitalter wird die Wissenschaft ihre Wichtigkeit im Arsenal der Produktivkraftkapazitäten der Nationalstaaten beibehalten und ohne Zweifel noch verstärken." [9] Zwar war die Vorstellung einer "Autonomie" der Wissenschaften und Künste nie etwas anderes als eine Fiktion; doch zerfällt auch sie noch, wo die ökonomischen Systeme die Wissenskapazitäten in ihre unmittelbare Regie nehmen.

Technologien greifen dabei in doppelter Weise in die Systeme der Ökonomie ein. Zum einen rationalisieren sie Produktionsverfahren. Indem sie Waren in immer kürzerer Zeit und immer größerer Menge herzustellen erlauben, senken sie deren Produktionskosten und garantieren so die Konkurrenzfähigkeit der Ökonomien. Zum andern stellen sie in den Sphären der Kommunikation, des Transports und des Verkehrs jenen "Weltmarkt" her, der zusehends globale Züge annimmt. Die Minimierung des Raums wird ebenso vorrangiges technologisches "Produkt" wie der Versuch, Produktions- und Zirkulationszeiten auf Null zu reduzieren, um Zirkulationskosten einzusparen. Diese Herstellung von Ubiquität gibt dem, was "Globalisierung" genannt wird, die Prägung. Sie ist auf die Zirkulationssphäre längst nicht mehr beschränkt. Sie diktiert vor allem auch die Produktionsverfahren, die weltweit koordiniert werden. In beiderlei Hinsicht werden Kommunikationstechnologien zur vorrangigen Waffe. Insofern entscheidet die Verfügungsgewalt an diesen Technologien über den Vorsprung, der es jeweils erlaubt, "ein neues Feld für industrielle und kommerzielle sowie militärische und politische Strategien" (Lyotard) zu eröffnen.

Spätestens an dieser Stelle wird ökonomisch auch virulent, was als "Standortproblem" oder als Problem einer Sicherung der "Zukunftsfähigkeit von Standorten" verhandelt wird. Tatsächlich konkurrieren nicht nur die Kapitalien um technologische Vorsprünge. Nicht weniger konkurrieren Staaten und Regionen darum, zu Stützpunkten zu werden, auf denen sich die derart globalisierten Ströme von Waren,

---

[9] Jean-François Lyotard: ebd., S.25.

Dienstleistungen und Informationen niederlassen können oder territorialisieren lassen. Die Herstellung einer entsprechenden Infrastruktur fällt bei diesem Konkurrenzkampf entscheidend ins Gewicht. Denn die Infrastruktur – das "capital fixe" einer Gesellschaft, die Kommunikations- und Transportwege, die sozialen und politischen Einrichtungen, das kulturelle und Bildungsniveau, die Systeme der Sicherung und Verwaltung – ist zu kostenintensiv, als daß sie von den privaten oder partikularen Ökonomien hergestellt werden könnte. Traditionell wird diese Infrastruktur deshalb über Staatsausgaben und damit das Steueraufkommen finanziert. Indirekt gehen sie in die Voraussetzungen der Ökonomie ein, indem sie von deren Systemen "gratis" (Marx) angeeignet werden.

Die Herstellung solcher Gratis-Bedingungen charakterisiert in weiten Bereichen, was den politischen Systemen unter Bedingungen einer "Globalisierung" an Handlungsspielraum geblieben ist. Er reduziert sich zusehends auf die strukturelle und immer ausgreifendere indirekte Subventionierung ökonomischer Investitionen durch eine entsprechende Verteilung gesellschaftliche Ressourcen. Diese Subventionierung setzt also nicht erst ein, wo staatliche Steuerpolitik große Unternehmen abgabenfrei stellt oder gewaltige Summen aufbringt, um globale Unternehmen regional "anzusiedeln". Diese Subventionierung beherrscht, im Zeichen einer "Standortpolitik", die Logik der Infrastrukturen bis in deren Mikrologien hinein. Unter Bedingungen der "Globalisierung", die das Industriedispositiv informationstechnologisch umgruppiert, werden noch gesellschaftliche Detailstrukturen dem Diktat der Verwertbarkeit unterworfen und einer "Gratis-Aneignung" ausgesetzt. Im Zeichen neuester Anpassungsprozesse schließt sich diese Politik der Mobilmachung aller Ressourcen nunmehr auch bildungs- und hochschulpolitisch kurz.

Seit jeher war die Produktion von Arbeitskräften gesellschaftliche Aufgabe, waren Alphabetisierung und Bildung ein staatliches Projekt, das über gesellschaftliche Aufwendungen wie Steuern abgewickelt wurde. Der hochschulpolitische Rückzug des Staates kündigt nunmehr eine neue Situation an. Sie besteht darin, öffentliche Gelder immer direkter nach Gesichtspunkten einzusetzen, die auch staatlicher Kontrolle nicht mehr unterliegen und deren bürokratische Umwege nicht mehr durchlaufen. Statt dessen werden Instanzen geschaffen, in denen sich die "gesellschaftlichen Interessen" angeblich unmittelbar inkarnieren sollen. Doch zugleich stellen sich diese Interessen immer mehr als Frage einer Automatisierung, von der Lyotard sagt, sie bestünde in der Speicherung von Informationen, die eine Entscheidung möglich machen. Und dies verlagert den Streit um die Legitimation nur an einen

anderen Ort. Denn wer entscheidet darüber, was "gesellschaftliche Interessen" sind, nachdem die staatlichen Repräsentanzen sich für unzuständig erklären? Welche Schlußfolgerungen also lassen sich aus dem Legitimationsproblem ziehen, dem das Wissen ausgesetzt ist? Welche Konsequenzen ergeben sich zusätzlich aus dem Kompetenzzerfall staatlicher Apparate? Was setzt die Technologien an die Stelle dieser verschwundenen Kompetenz? Und wird man sich damit zufriedengeben können, daß nunmehr ein bestimmter Typus ökonomischer Rationalität die offenkundigen Defizite abtragen soll, die weder im Bereich des Wissens noch dem der Politik gefüllt werden können? Denn auch die Ökonomie löst das Problem keineswegs. Auch die Rationalität ihrer Systeme ist in sich weder autonom noch rational. Die Mobilmachung, der alle gesellschaftlichen Bereiche unterzogen werden, spricht vielmehr vom defizitären Modus ihrer eigenen Rationalität. Zumindest beschreibt sie keinen in sich geschlossenen Kreislauf, sondern muß sich heteronomer Ressourcen bemächtigen, um sich als Paradigma aller anderen gesellschaftlichen Prozesse auch nur etablieren zu können. Aber was rechtfertigt das?

Insofern sind die Regularien ökonomischer Rationalität ihrerseits längst einem tiefgreifenden Problem ihrer Legitimation ausgesetzt. Was begründet den usurpativen Gestus, mit dem sie sich aller anderen "Diskurse" bemächtigt, sie instrumentalisiert und für sich arbeiten läßt, um ihnen das Gesetz geben zu können? Und was ist von einem Paradigma der Effizienz, der Rationalität, der Zielgerichtetheit und Präzision zu halten, das in sich nicht autonom ist, sondern selbst aus einer Unterwerfung anderer Dispositive hervorgeht? Wie auch Niklas Luhmann systemtheoretisch festhält, besteht das Problem deshalb darin, ob sich die anderen, heteronomen Bereiche einer Gesellschaft, in die Geldcodes der Ökonomie übersetzen lassen, ohne daß dies eine permanente Gewaltanwendung voraussetzen würde. Davon hängt das Programm der Rationalität nicht weniger ab als das der Legitimation. "Den Titel der Rationalität muß man für einen solchen Wiedereintritt der Differenz in die Identität reservieren, wenn die hohen Ansprüche gehalten werden sollen, die in der Tradition mit diesem Titel verbunden waren. Dann aber steht man vor einer Frage, die die Problemstellungen des 19. Jahrhunderts und alle revolutionär oder humanistisch auftretende Kritik des 'Kapitalismus' zu ersetzen hätte, nämlich vor der Frage, ob und wie die Sprache der Preise je Rationalität erreichen kann." [10]

---

[10] Niklas Luhmann: *Die Wirtschaft der Gesellschaft*, Frankfurt/M.: Suhrkamp 1996, S.40.

Kunst

Was also, wenn es keine Legitimation gäbe, und auch keine "ökonomische", die rational genug wäre, um auf Gewalt verzichten zu können? Was, wenn jedes "Sprachspiel", das Verbindlichkeit für sich reklamiert, aus einem unlösbaren Entscheidungsproblem hervorginge? Zumindest wäre unter dieser Voraussetzung ein Begriff des Politischen verfehlt, der sich darauf reduziert, als "Transmissionsriemen" ökonomisch-technologischer Notwendigkeiten einer "Globalisierung" zu fungieren. Diesem "Liberalismus" politischer Funktionen wäre vielmehr ein anderer Begriff des Politischen entgegenzusetzen. Er ginge von der Einsicht aus, daß der Konflikt unterschiedlicher Sprachspiele niemals definitiv geschlichtet werden kann, und zwar schon deshalb nicht, weil keines der Sprachspiele auch nur *in sich* völlig rational sein kann. Der andere Begriff des Politischen würde sich also zunächst darauf berufen, daß im Herzen jeder Entscheidung eine unaufhebbare Ungerechtigkeit wohnt, und sei es in der "politischen Entscheidung". Und dies markiert eine "Instabilität", die das irreduzible "Fundament" *jedes* Diskurses kennzeichnet und der Erforschung von Instabilitäten einen entscheidenden Platz in der Ordnung des Wissens zuweist [11].

Es gibt viele Formen, sich dieser Instabilität inne zu werden. Sie bricht bereits in jedem Satz auf, der sich sprechen läßt. Durch bloße Gewohnheiten nur verstellt, macht sie nicht nur den Anfang eines Sprechens, sondern dessen unausgesetzte Möglichkeit aus. Denn was erlaubt es, das Wort zu ergreifen? Und was eine Verkettung von Sätzen? Nie ist eine solche Verkettung völlig ableitbar; immer ist sie von Unbegründbarkeiten durchzogen, die sich nicht ausfüllen lassen. Und bereits dies wirft – im weitesten Sinn – Fragen der "Kunst" auf. Der Begriff der "Kunst" wird hier nicht in jenem eingeschränkten Sinn verwendet, den er in den vergangenen 250 Jahren angenommen hat. Er bezeichnet nicht erst eine Welt der Artefakte, die für Institutionen der Kunst – Museen, Galerien, Ausstellungen – erzeugt werden und in ihnen zirkulieren. Er meint also nicht allein oder nicht vorrangig jene "ästhetischen" Realisate, die aus bestimmten Techniken einer Niederschrift hervorgegangen sind: Malerei, Skulptur, Plastik, Film, Theater, Literatur oder Musik. Die "künstlerische Frage" besteht, vor solchen Formgebungen und Niederschriften, darin, *sich dem Problem der Instabilität oder Unentscheidbarkeit auszusetzen, um neue Regeln zu erzeugen*. Erst dann, in einem zweiten Schritt sozusagen, wäre die Frage der Kunst

---

[11] Vgl. Jean-François Lyotard: ebd., S157ff.

auch als die eines Gefüges von Institutionen zu stellen, deren Aufgabe darin besteht, das Unableitbare in bestimmten "Werken" zu bearbeiten, die gemeinhin "Kunst" genannt werden.

Lyotard nennt dieses unableitbare Moment die "Paralogie". Weder logisch noch alogisch, entzieht sie sich jedem Konsens, da sie ihm vor allem vorausgeht und ihn ermöglicht. "Der Konsens ist ein Horizont, er wird niemals erworben. Die Forschungen, die unter der Vorherrschaft eines Paradigmas gemacht werden, streben danach, sie zu stabilisieren; sie sind wie die Ausbeutung einer technologischen, ökonomischen und künstlerischen 'Idee'. Das ist immerhin etwas. Aber man ist erstaunt, daß immer jemand kommt, um die Ordnung der 'Vernunft' zu stören. Man muß eine Macht voraussetzen, die die Erklärungsfähigkeiten destabilisiert und sich in der Verordnung neuer Normen des Begreifens manifestiert, oder, wenn man dies vorzieht, im Vorschlag neuer Regeln des wissenschaftlichen Sprachspiels, die ein neues Forschungsfeld abgrenzen." [12]

Es kommt deshalb nicht darauf an, eine Apologie der "Kunst" vorzutragen, und ebenso wenig geht es in erster Linie darum, ihre Terrains zu verteidigen. Dies wäre bloß eine "Interessenpolitik" bestimmter gesellschaftlicher Gruppen. Die Frage besteht darin, welche Funktion die "Kunst" im Kontext einer Legitimierung des Wissens übernehmen kann und muß. Denn die Paralogie nimmt viele Namen an, doch nicht zuletzt den der "Kunst". In Reservate verschoben, von denen sich der Spießer dann "charmante" Interventionen erwarten mag, reicht ihre Frage vor allem in das hinein, was ihm das Gewisseste scheint, und zwar, um es tiefgreifend aufzustören. Allgemein gesagt, besteht das "Künstlerische" in einer Frage, zu deren Lösung es keine vorgefaßten Regeln gibt, weil sie das Problem der Erzeugung von Regeln "selbst" betrifft. In dieser Hinsicht kommt die Kunst deshalb immer aus einer gewissen Anarchie auf sich zu, läßt sie ihre Formen und Gestalten aus einer Irregularität auftauchen, die sich in ihr wie in einem Stammeln niederschlägt.

Man mag die Schwäche belächeln, die sich darin zeigt, eine Hilflosigkeit, die kaum Ausdruck zu werden vermag, weil sie Ausdruck werden will und doch nichts so sehr in Frage stellt wie die Möglichkeit eines diskursiven "Ausdrucks". Aber sehr würde man sich täuschen, wollte man diese Schwäche und Hilflosigkeit als zu vernachlässigende Größe abtun, die im übrigen noch "charmant" sein soll. Die Paralogie be-

---

[12] Jean-François Lyotard: ebd., S.117.

zeugt vielmehr einen Riß, der *jeder* Entscheidung und *jedem* Diskurs vorangeht und sie in bestimmter Weise haltlos macht, gerade indem sie getroffen oder verfügt werden. Die Paralogie berührt insofern den "wunden Punkt" einer jeden "Maßnahme", die sich projektiert, und zwar nicht zuletzt politisch, ökonomisch, technisch oder technologisch. *Denn im "Innern" der Paralogie stellt sich, nicht zuletzt "künstlerisch", die Frage nach der Möglichkeit des Maßes selbst, das da jeweils genommen wird*. Insofern hält die Paralogie das Problem der Legitimation "im allgemeinen" offen, markiert es dessen Unentscheidbarkeit. Und zugleich damit läßt sie hervortreten, was *jeder* Ordnung unveräußerlich ist oder unter bestimmten Umständen auch "Kreativität" genannt werden mag: die Möglichkeit eines Auftauchens neuer Regeln, die Platz greifen, ohne ableitbar zu sein, und damit einer Ungesichertheit, die sich immer neu exponiert, um ein *Werden* zu ermöglichen. Darin besteht die "allgemeine" Bedeutung von "Kunst", gerade *indem* sie sich dem Diktat des "Allgemeinen" entzieht. Und darin entgeht sie allen Versuchen einer "Bewertung" oder "Evaluation": denn welchem "Maß" sollte eine Frage unterworfen werden, die doch in sich selbst die Frage nach der Möglichkeit eines solchen Maßes erst exponiert?

Diese Exposition beschreibt allerdings eher eine Funktion, deren Differentialität unableitbar ist, als einem Raum, der sich eingrenzen ließe; und deshalb fällt sie nicht einmal mit dem Raum der "Kunst" zusammen. Doch in Reservate der "Kunst", auf bestimmte Techniken von Experiment und Niederschrift verwiesen, nimmt diese Exposition in den Künsten exemplarische oder sogar paradigmatische Form an, und zwar gerade, *indem sie die eigenen Reservate beständig verläßt*. Denn das Unentscheidbare läßt sich nicht verorten, und deshalb durchquert es nicht zuletzt den Raum der Künste selbst. Es verschiebt deren Formen, Techniken und Aufschreibesysteme, um sie radikal in Frage zu stellen und gerade darin "Neues" entstehen zu lassen. Die "Kunst" ist der Unentscheidbarkeit also nicht nur ausgesetzt. Sie ist die Unentscheidbarkeit "selbst", die sich stets aufs neue aufs Spiel setzt und deshalb noch sich selbst als "Kunst" in Frage stellt. Sie hat die Grenzen gewissermaßen immer schon in sich eingeschlossen, in die sie verwiesen werden soll, um sich im Innersten zerreißen zu lassen und in Bruchstücke oder Fragmente zu zerfallen [13]. Deshalb geht es nicht allein oder nicht vordringlich um die Frage, welche Summen aufgewandt werden, um diese Frage möglich zu machen, und nicht einmal vorder-

---

[13] Vgl. Jean-Luc Nancy: *Die Kunst – Ein Fragment*, in: Jean-Pierre Dubost (Hg.): *Bildstörung. Gedanken zu einer Ethik der Wahrnehmung*, Leipzig: Reclam 1994, S.170ff.

gründig darum, ob die "Stimme der Kunst" ein ausreichendes "gesellschaftliches Gehör" findet. All das fällt gar nicht in die künstlerische Verantwortung. Was künstlerisch verantwortet werden muß, das ist die Möglichkeit, die Frage der Kunst kenntlich zu halten – und zwar noch *über die Formen hinaus, in denen die Kunst wie über einen gesellschaftlich-institutionellen Bestand ihrer selbst verfügt.*

Denn wenn von der Schwäche gesprochen werden muß, die die Kunst und die Künste in besonderer Weise gegenwärtig auszeichnet, dann im Sinn einer äußersten Krise dieses ihr eigenen "Bestandes". Auch die Kunst also sieht sich heute tiefgreifenden Problemen ihrer Legitimierung ausgesetzt. Analog zu den Wissenschaften bewegte sie sich als "Moderne" in Horizonten, die mittlerweile jede Evidenz verloren haben. So korrespondierte der metaphysischen Erzählung der großen philosophischer Systeme die Idee des künstlerischen "Genies", das wie Natur schaffe; so entsprach dem Diskurs der "Emanzipation" in gewisser Weise die Forderung der Kunst-Avantgarde, "Kunst" und "Leben" ineinander zu überführen, um neue Möglichkeiten und Formen der Kommunikation freizusetzen, die "alle" in sich einschließen könnten. Zwar bestimmen beide Erzählungen noch heute, was man das Selbstverständnis von Künstlern (und in besonderer Weise von Kunstprofessoren) nennen könnte. Doch ganz offensichtlich unterliegen diese Konzeptionen mittlerweile selbst einer tiefgreifenden Erschöpfung. Sie schlägt sich in den vielfachen Krisen der Künste, vor allem aber ihrer akademischen Einrichtungen nieder.

Deshalb resultiert die Forderung, solche Einrichtungen zu überdenken, keineswegs aus einem vorübergehenden Anpassungsdruck. Sie entsteht schon gar nicht aus einer Rücksicht auf Kunstprofessoren, sondern ergibt sich aus dem Umstand, daß sich die Künste unter den veränderten Bedingungen selbst auf neue Weise problematisch geworden sind. Keine interessierte Versicherung, "ausgewiesene Künstlerpersönlichkeiten" trügen Verantwortung für die Lehre, bietet hier bereits Antwort, und kein Hinweis auf "Künstlerklassen", keine Forderung nach "international anerkannten Lehrern" schließt die unübersehbaren Legitimationsdefizite, die in den Reservaten der Kunst selbst aufgebrochen sind. Reminiszenzen an eine Metaphysik des "Genies" oder eines "authentischen", weil künstlerisch gewordenen "Lebens" suggerieren nur Lösungen, wo es darum ginge, zunächst und erneut die *Unlösbarkeit* des Problems zu befragen: welchen Verschiebungen der "Paralogie" sehen sich die Künste selbst ausgesetzt? Und welchen Verschiebungen haben sie sich zu unterziehen, auch um den Preis ihrer Selbstdestruktion, um eine Höhe von Fragestellungen erreichen zu können, die "künstlerisch" heißt?

Dies bedeutet nicht zuletzt, gewissen modischen Parolen zu widerstehen, zumindest sie auf ihren Gehalt hin abzuklopfen. So unverzichtbar es beispielsweise ist, das "interdisziplinäre Moment" zu betonen, das hier eine Rolle spielt, so wenig reicht dies schon aus [14]. Zunächst artikuliert sich im Begriff der "Interdisziplinarität" nur eine Ratlosigkeit, verschiebt sich ein Problem, ohne deshalb schon einen Ausweg zu bieten. Nicht dadurch, daß verschiedene Disziplinen in einen Austausch miteinander eintreten, entsteht bereits "Neues". Die bloße Kombination unterschiedlicher Fragestellungen bringt nicht von sich aus schon andere "Horizonte" hervor. Sie erzeugt nur andere Probleme einer Selbstbegründung: denn wie sollte ein bestimmtes Verfahren das Recht für sich beanspruchen können, in einem anderen "interdisziplinär" zu intervenieren? Und in welcher "Sprache" sollte dies geschehen können – in der des einen oder des anderen Verfahrens? Welche unvermeidbaren Übersetzungsprobleme also treten dabei auf, wo zwei "Disziplinen" aufeinandertreffen, und wie könnte eine Übersetzung der einen in die andere etwas anderes sein als ein bloßer Akt der Usurpation? Das Schlagwort der "Interdisziplinarität" verbirgt insofern mehr Probleme, als es lösen kann. Es genügt keineswegs, tradierte Disziplinen in einen Austauschprozeß zu versetzen; der findet längst statt. Das Problem besteht darin, die Disziplinen aus den Zäsuren des "Dazwischen", des "Inter-" zu befragen und zu verschieben: jener Intervalle, die in den Philosophien vielleicht Differenz "vor" aller Differenz, in Bezirken der Kunst vielleicht das "Erhabene" heißen. Viele andere Begriffe oder vielmehr Nicht-Begriffe ließen sich hier anführen: sie alle umkreisen ein Problem, das vielleicht in sich ohne "eigentlichen Begriff" bleiben muß.

Und darin zeichnet sich etwas von den gegenwärtigen Konflikten ab, die sich in den Wissenschaften und Künsten selbst auftun. Denn "wie soll man den Gebrauch eines Dienstes messen, den eine Frage oder ein Satz leisten kann? Wenn es in diesem Bereich Forderungen gibt, dann muß den 'Intellektuellen' usw. die Freiheit belassen werden, ihr ganzes Tun in Frage zu stellen. Es ist nicht ihre, sondern Aufgabe der gesetzgebenden Körperschaft, zu bestimmen, welcher Anteil des Bruttosozialprodukts aufgewandt werden soll, um diese Infragestellung zu finanzieren." [15]

---

[14] Vgl. Strukturkommission der HfbK Hamburg: *Abschlußbericht an den Kleinen Senat der Hochschule für bildende Künste*, Hamburg April 2002, S.6ff.

Konflikte

Lassen sich die Konfliktlinien näher bestimmen, die sich hier abzeichnen? Zunächst scheinen sie nur zwischen staatlichen und universitären Einrichtungen zu verlaufen; und hier nehmen sie das Aussehen einer Falle an. Einerseits kündigen diese Instanzen an, sich einer Einflußnahme auf die Universitäten und Hochschulen zusehends zu enthalten; doch andererseits erfolgt dieser Rückzug zu Bedingungen, die von diesen Instanzen selbst diktiert werden und auf eine maximale Einschränkung einer "Autonomie" des Wissens und seiner Institutionen hinauslaufen.

Die Bildungsbürokratien rechtfertigen dies mit dem Hinweis, Globalisierung, Wissensgesellschaft, Standortpolitik und Zukunftsfähigkeit ließen ihnen keinen anderen Ausweg. Aber diese Hinweise können keine Gesichtspunkte des Wissens sein, und deshalb wird es anders als in dieser Logik antworten. Wo die Ökonomie "Globalisierung" sagt, fragt das Wissen eher nach Weltbegriffen. Wo das *capital fixe* eine "Wissensgesellschaft" hervorbringt, stellt das Denken eher die Frage einer Legitimation zur Disposition, die im Problem der Verfügung über das Wissen und die Gesellschaft virulent wird. Wo es dazu angehalten wird, "Standorte" vorzubereiten, wird es eher darauf bestehen, daß es seiner inneren Verfassung nach nicht provinziellen Gesichtspunkten gehorcht. Und dem Postulat, "zukunftsfähig" zu sein, wird es eher mit der Frage begegnen, was es rechtfertigt, in dieser Weise über die "Zukunft" verfügen und ein Diktat über die Zeitlichkeit errichten zu wollen. Überall also handelt es sich in diesem Konflikt um unterschiedliche Ansprüche, die nicht ineinander übersetzbar sind, ohne daß Gewalt im Spiel wäre.

Konsequenterweise werden die Institutionen dieses Wissens deshalb einer Generalinquisition ausgesetzt, die "Evaluierung" heißt. Diese Inquisition erfolgt im Namen "der" Zukunft, des "Globalen", "der" Gesellschaft, "des" Nutzens oder "der" Effizienz. Jede Gliederung der universitären Institutionen, jede Form, in der sie Fragen des Wissens und der Künste nachgehen, hat sich gegenüber Anforderungen zu rechtfertigen, die nicht die ihren sind oder sein können: Rechtfertigen Sie sich, aber tun Sie das in einer Sprache, die ich Ihnen vorschreibe und von ihnen fordere! Doch wie lassen sich diese Anforderungen ihrerseits rechtfertigen? Was verleiht ihnen Evidenz, wenn es nicht die bloße Macht ist, mit der sie sich ausgestattet haben? Genauer noch: spricht nicht bereits diese Machtförmigkeit davon, daß die Anforderun-

---

[15] Jean-François Lyotard: *Grabmal des Intellektuellen*, Graz; Wien: Böhlau 1985, S.30.

gen in bestimmter Hinsicht nicht "rational" sind, sondern einer Logik der Erpressung folgen? Jeder Versuch eines Partikularen, ein "Ganzes" im Zeichen partikularer Sprachregelungen "hervorzubringen", bewegt sich in einer ausweglosen Aporie.

Wie etwa soll es einer politischen Partei oder einem polit-büokratischen Apparat möglich sein, über "die Zukunft" oder "die Zukunftsfähigkeit" zu verfügen? Selbst das demokratische Reglement sieht aus guten Gründen vor, Wahlen alle vier Jahre stattfinden zu lassen, gerade *weil* es ein partikulares Monopol auf die Zukunft auch politisch und institutionell nicht geben kann. Wie also sollte es einer partikularen Macht möglich sein, dennoch für das "Ganze" zu sprechen und über das Kommende wie in einem theologischen Konvent zu verfügen? Man mag, um diese Frage zumindest zu illustrieren, auf Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte verweisen. Stets kamen Hochschulreformen zu spät, und meist dienten sie mehr der Profilierung wechselnder Parteien oder einzelner Politiker als den Bedingungen der Hochschulen und Universitäten. Dementiert diese offenkundige Unfähigkeit, gesellschaftliche Prozesse auch nur auf wenige Jahre zu antizipieren, nicht alles, was man von den Institutionen des Wissens an "Zukunftsfähigkeit" einfordert?

Damit allerdings werden vor allem strukturelle Probleme berührt. Tatsächlich schwanken die Verlautbarungen staatlicher Bildungsbürokratien nicht nur zwischen Verspätung und Hochmut, Rauschen und Anmaßung. Diese Ungleichzeitigkeiten und Störungen gehen aus der Unmöglichkeit hervor, ein bestimmtes Sprachspiel – das der Globalisierung, der Wissensgesellschaft, des Standorts und der Zukunftsfähigkeit – in das des Wissens zu übersetzen. Stets mangelt es den Apparaten insofern selbst an Zukunft. Denn keine Übersetzung kann den Mangel an Rationalität, der in ihr zutage tritt, anders als gewaltsam überbrücken. Von hier aus spricht Lyotard allerdings vom Terror. "Wir verstehen unter Terror die durch Eliminierung oder Androhung der Eliminierung eines Mitspielers aus dem Sprachspiel, das man mit ihm spielte, gewonnene Wirkung. Er wird schweigen oder seine Zustimmung geben, nicht weil er widerlegt, sondern weil er bedroht wurde, des Spielens beraubt zu werden (es gibt viele Arten der Beraubung). Der Hochmut der Entscheidungsträger, der im Prinzip in den Wissenschaften kein Äquivalent besitzt, reduziert sich auf die Ausübung dieses Terrors. Er sagt: Gleichen Sie Ihre Bestrebungen unseren Zielen an, sonst..." [16]

---

[16] Jean-François Lyotard: *Das postmoderne Wissen,* S.184.

Deshalb besteht die Frage nicht darin, ob man Widerstand leisten sollte oder nicht. Die Frage, die beantwortet werden muß, lautet, ob sich der Logik der Ökonomien, der Politik und der bürokratischen Apparate eine andere Logik entgegensetzen läßt, die eine des Wissens und der Künste wäre. Lyotard jedenfalls faßt deren radikale "Entstaatlichung" ins Auge. Denn gewiß wird es auch künftig den Entscheidungen bestimmter gesellschaftlicher Instanzen überlassen bleiben, welchen Anteil des Bruttosozialprodukts man darauf verwenden will, an der Paralogie zu arbeiten. Und "immer wird dieser Anteil unzureichend sein, da der Geist das Unendliche ist. Entscheidend aber ist, daß die lokalen 'kulturellen' Körperschaften (Universität, Schule, Laboratorium, Museum, Theater, Konservatorium usw., ohne dadurch einer Neudefinition dieser Einheiten vorzugreifen) frei sind, über die Verwendung des Budgets das die Öffentliche Hand ihnen zur Verfügung stellt, zu befinden (ebenso wie über die Kredite, die gegebenenfalls von privaten Geldgebern zufließen). Eine solche Unabhängigkeit würde vielleicht begünstigt, wenn die Instanz, die über die öffentlichen Fonds verfügt, ihrerseits auf lokaler Ebene angesiedelt ist (etwa regional, wie im Rahmen der Dezentralisierung). Ein regionaler Rechnungshof hätte die sachgemäße Verwendung der Mittel zu prüfen (doch nur um zu ermitteln, daß die Gelder nicht veruntreut worden sind)." [17]

Durch nichts aber läßt sich noch rechtfertigen, daß diese "kulturellen Körperschaften" weiterhin mit staatlichen oder parteipolitischen Instanzen zusammenfallen. Die Fragen, die beantwortet werden müssen, übersteigen die Möglichkeiten dieser Instanzen um so mehr, als sie sich selbst zusehends für inkompetent erklären und diese Inkompetenz durch die Einführung "externer Instanzen" beantworten. Zur Diskussion steht also vor allem der "Sinn", den man solchen "externen Instanzen" geben will: den Kommissionen und Expertenrunden, den Verwaltungslogikern und Zukunftsstrategen, den Unternehmensberatern und Wirtschaftsfachleuten. Deren Kriterien von vornherein mit denen "der Gesellschaft" zu identifizieren, dürfte zumindest gewagt sein. Sind sie etwa in der Lage, auch nur ihre eigenen Bereiche zu ordnen? Und selbst, wenn dies der Fall wäre, was bestritten werden kann: was ermächtigt sie, ihre Paradigmen anderen Ordnungen zu oktroyieren? Diese Frage ist weniger polemisch, als sie klingen mag. Nie ist eine "Gemeinschaft" von Menschen anderes als eine Form, die nicht aufhört, bei sich anzukommen. Nie läßt sich deshalb abschließend darüber verfügen, worin diese "Zukunft" besteht. In gewisser

---

[17] Jean-François Lyotard: *Grabmal des Intellektuellen*, S.30.

Hinsicht ist jede "Zukunft" nur der Modus, in der eine "Gemeinschaft" unablässig und anders bei sich ankommt und nur *dadurch* auf sich "zukommt". Ihre "Zukunft" ist also nichts, was sich in Griff nehmen ließe, und diese Zukunft zu erwarten bedeutet deshalb auch nicht, zu dieser Zukunft "fähig" zu sein, sondern sie *als Ereignis der Alterität empfangen zu können*[18]. Aber läßt sich darüber ein "Pakt" herstellen?

Und darin besteht die Paralogie. Deren ungreifbares Zentrum ist den sich beständig entziehenden Logiken des Wissens und der Künste offenbar näher als den Maximen politischer, ökonomischer und geo-strategischer Verfügungen über die "Zukunft". Das bedeutet keineswegs, den Künstlern und Philosophen die Entscheidung darüber zu lassen, in welcher Perspektive die "Zukunft" erscheinen könnte. Sollten sie verantwortlich sein, müßten vor allem sie sich von einer solchen Aufgabe überfordert sehen. Aber man wird deshalb nach den "kulturellen Körperschaften" fragen müssen, die Lyotard fordert, und zwar um so mehr, als sie die staatlichen oder parteipolitischen Strukturen nicht mehr verdoppeln würden. Sie zusammenzusetzen, wäre von einer Antwort auf die Frage abhängig, ob sich, wie in einem Experiment, nicht nur ein anderer Begriff des Politischen, sondern auch ein anderer Begriff der "Zukunft" inkorporieren läßt. Erst unter dieser Voraussetzung könnte auch die zweite Frage aufgeworfen werden: ob sich in ökonomische und geo-strategische Begriffe der "Globalisierung" überhaupt wird übersetzen lassen, was ihnen fehlt, um auch nur in sich selbst "rational" zu sein. Und dies dreht die Logik um.

Denn die tiefgreifende Störung, die von der Paralogie ausgeht, besteht in dem *skándalon*, daß es eine letzte Legitimierung nicht gibt. Die Paralogie wäre eher der Diskurs der Wissens und der Künste als jener der Ökonomie, der Politik und der Geo-Strategien. Denn die Störung der Paralogie gibt zu erkennen, daß jede Entscheidung in sich unterbrochen sein muß, um den Horizont eines Konsenses überhaupt zu ermöglichen. In gewisser Hinsicht ist die Paralogie deshalb "des-interessiert" im Kant'schen Sinne. Sie tritt aber nicht im nachhinein zu Diskursen der Politik, der Ökonomie, des Rechts oder der Technik hinzu, wie um sie von "außen" mit etwas "Nutzlosem" zu konfrontieren. Die Paralogie hat die Fähigkeiten der Systeme bereits im Innern destabilisiert. In sich selbst ohne Nutzen, ermöglicht sie es, neue Normen des Begreifens, neue Regeln und Forschungsfelder überhaupt zu generieren. Insofern gäbe es nicht einmal die Ökonomie des Nützlichen ohne Zäsuren des

---

[18] Vgl. Emmanuel Lévinas: *Die Zeit und der andere*, Hamburg: Meiner 1984, S.46ff.

Nutzlosen, kein Recht ohne das Aufblitzen der unmöglichen Gerechtigkeit, die ihm unstillbar innewohnt, keine Politik ohne die Paralogien einer Gewalt, die jedem Konsens vorangeht und durch nichts gerechtfertigt werden kann. Jener nutzlosen Voraussetzung ihrer selbst beraubt, würden die gesellschaftlichen Diskurse des Nutzens allerdings und vor allem ihre eigene Grundlage verlieren. Und deshalb lassen sich von hier aus zwei Argumentationslinien beschreiben, die einander korrespondieren und ebenso auseinandertreten.

Die eine besteht darin, daß eine Annullierung der "nutzlosen" Paralogien zwar alle Gesichtspunkte ökonomischer Rationalität auf ihrer Seite zu haben scheint. Doch stellt dies die innere Logik der Ökonomie selbst in Frage. Zwar fällt die Paralogie nicht mit der Innovation zusammen, wie Lyotard hervorhebt; "diese wird vom System bestimmt oder jedenfalls benutzt, um seine Effizienz zu verbessern; jene ist ein im ersten Augenblick oft unterschätzter Zug in der Pragmatik des Wissens" [19]. Doch gibt es deshalb keine Innovation ohne das Spiel eines Entscheidungsproblems, das in sich unlösbar bleibt. Nur aus Paralogien lassen sich neue Spielzüge oder Innovationen hervorbringen. Und insofern stellt eine Gesellschaft, die den anökonomischen Riß ihrer selbst oder das in diesem Sinn "Nutzlose" verfemt, ihre eigene Ökonomie in Frage. Sie zehrt gleichsam ihre eigenen Voraussetzungen auf. Dieser Verlust setzt selbstverständlich nicht erst ein, wo die "kreativen" Potentiale einer Gesellschaft, die künstlerischen, kulturellen, denkerischen Ressourcen den Kriterien unmittelbarer Effizienz oder gar einem kalkulierten Verfall überlassen werden. Ebenso wenig betrifft dies nur jene gemeinhin als "ökologisch" gefaßten Prozesse, in denen eine globalisierte Ökonomie ihre eigenen Voraussetzungen zerstört. Längst haben finanzielle Transaktionen eine vielfache "Schuldenkrise" eskalieren lassen, die kommende Generationen auch ökonomisch zu Geiseln einer bestimmten "Gegenwart" macht. In weiten Bereichen beruht die gegenwärtige Ökonomie auf einer Annexion der Zukunft, die mit deren "Verwüstung" (Marx) weitgehend zusammenfällt. In bestimmter Hinsicht hat die Zukunft bereits aufgehört, ein "offener Horizont" von Möglichkeiten zu sein. Sie wird Ressource und Aufmarschgebiet in einem: der martialische Gestus etwa, mit dem deshalb gefordert wird, "Zukunftsfähigkeit zu sichern", gemahnt nicht von ungefähr an militärische Sprachregelungen, in denen der Sturm auf strategische Anhöhen ins Auge gefaßt wird.

---

[19] Jean-François Lyotard: *Das postmoderne Wissen*, S.176.

Die zweite Argumentationslinie führt deshalb noch weiter. Sie beschränkt sich nicht auf den Hinweis, daß jeder Versuch, die Paralogie zu tilgen, deren Unentscheidbarkeiten im Innern der Ökonomie wieder auftauchen läßt, und zwar nicht zuletzt katastrophisch. Diese Argumentationslinie verschränkt die Frage der Ökonomie also nicht mit dem, was "ist", sondern mit dem, was *gerecht* wäre. Damit führt sie in das ungreifbare, sich beständig entziehende "Zentrum" jeder Ökonomie, jeder Politik und jeder Strategie ein, und zwar erst recht, wo sie sich des Globalen und der Zeit bemächtigen wollen. Denn Entscheidungen sind zwar notwendig. Doch stets ist ihnen ein bestimmtes Moment der Gewalt oder der Ungerechtigkeit immanent. Die andere Argumentationslinie betrifft deshalb nicht Fragen der Rationalität von Politik, Ökonomie und Technik. Sie berührt das unaufhebbare Problem der *Gerechtigkeit*, das überall aufbricht, wo Entscheidungen getroffen werden – seien sie nun politischer, ökonomischer oder technischer Art. Und nichts rechtfertigt, dies nicht zum Thema machen zu können, es sei denn, der Terror im Sinne Lyotards. Denn eine Kultur, die ihrer eigenen, unauflösbaren Fragwürdigkeit nicht inne wird, erblindet nicht nur, indem sie die Ungerechtigkeit grenzenlos affirmiert und zur fraglosen, weil unbedingten oder gar bedingungslosen Handlungsmaxime macht. Im gleichen Maß wird sie in sich instabil, demontiert sie sich selbst. Denn sie entzieht der uneinlösbaren Forderung nach Gerechtigkeit den Raum einer Artikulation. Und damit läßt sie die offene Gewalt an ihren Peripherien ebenso wie in ihren eigenen Zentren aufbrechen, um sie als "Ganzes" in Frage zu stellen. Und beschreibt dies die gegenwärtige Situation der "Globalisierung" nicht viel eher als die planerische Anmaßung, über "Zukunft" und "Zukunftsfähigkeiten" verfügen zu wollen und darüber "Zukunftspakte" abzuschließen?

Die Frage läßt sich nämlich auch anders stellen. Wird man nicht mit dem selben Recht, mit dem die Apparate und Experten immer neue Evaluierungskataloge und Zukunftspakte publizieren, eine andere Perspektive für die Zukunft des Wissens und der Künste formulieren können? Sie bräche wie eine Paralogie in die aktuellen Verfügungen ein. Denn sie ließe sich in der einfachen Behauptung zusammenfassen, daß die Aufgaben schon heute radikal verändert sind, denen die Institutionen des Wissens ausgesetzt sind. Schon heute müssen sie jene ausbilden, die dazu verurteilt sind, die Trümmer wegzuräumen, die von den Projekten der Globalisierung hinterlassen werden. Was also, wenn Lehre und Forschung vor allem *dieser Generation einer Zukunft* verpflichtet wären?